

11.06.2013

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Transparenz von Transporten mit radioaktivem Material durch Nordrhein-Westfalen

I. Sachverhalt

Jährlich fahren etwa 10.000 Transporte mit radioaktivem Material im Zusammenhang mit der industriellen Produktion von Atomstrom über deutsche und nord-rheinwestfälische Straßen. Ein hohes Gefahrenpotenzial bergen neben den Transporten hochradioaktiver Abfälle diejenigen von Uranhexafluorid.

Deren Anzahl wird in den nächsten Jahren durch Exporte nicht abnehmen. Im Gegenteil: Bei ungebremstem Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau ist mit einer Zunahme bzw. einem konstant hohen Niveau zu rechnen. Die Landesregierung hat auf mehrfache Fragen unserer Fraktion allein für die Jahre 2010/11 fast 700 Straßentransporte und mehr als 40 Bahntransporte von und nach Gronau ermittelt. Das Gefahrenpotenzial der Uranhexafluorid-Transporte ist für uns ein Grund mehr, die Forderung nach Schließung der Urananreicherungsanlage zu stellen.

Die meisten Bundesländer gehen mit den Transporten intransparent um bzw. geben nur allgemeine Antworten auf Anfragen. Das trifft auch auf die rot-grüne Landesregierung in NRW zu.

So gibt es auf Anfrage unserer Fraktion keine Auskunft darüber, wie viele Stützpunkte es für Atomtransporte in NRW gibt und wo sie liegen. Routen und Fahrzeiten werden ebenfalls komplett verschwiegen, eine Vorabinformation der Feuerwehren, Krankenhäuser und Rettungsdienste findet genauso wenig statt, wie eine Information der Bevölkerung oder eine automatische Information des Landtags.

Das heißt: Keinerlei Transparenz bei Atomtransport-Sicherheit!

Die Transport-Zahlen sind erschreckend, denn im Schnitt fährt jeden Tag ein Uran-LKW und alle zwei Wochen ein Uranzug quer durch NRW von oder zur Urananreicherungsanlage Gronau. Diese Zahlen machen das ganze Ausmaß des hochgefährlichen radioaktiven Lieferverkehrs für die Urananreicherung in Gronau deutlich.

Datum des Originals: 11.06.2013/Ausgegeben: 11.06.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Dazu kommen die Atommülltransporte ins Zwischenlager Ahaus sowie von und zur Atommüllkonditionierungsanlage Duisburg. Desweiteren gibt es in NRW zahlreiche Transit-Transporte, erst Ende Mai fuhren plutoniumhaltige MOX-Brennelemente klammheimlich von Belgien über die Autobahnen von NRW zum AKW Brokdorf.

Daten zu Transporten radioaktiver Stoffe (Angaben zu Transportrouten, Rangier- oder Umladeörtlichkeiten) werden durch die Landesregierung nach Durchführung des Transportes nicht dauerhaft dokumentiert, da keine gesetzliche Aufbewahrungspflicht besteht. Transportwege werden in Genehmigungen nach § 16 StrlSchV zur Beförderung sonstiger radioaktiver Stoffe nicht festgelegt, und die Landesregierung dokumentiert diese nach eigenen Angaben nicht.

Ohne eine genaue und korrekte Transportstatistik fallen weder Orte auf, an denen vermeidbare Häufungen von Transporten mit radioaktivem Material auftreten noch können sich die stärker betroffenen Kommunen / Städte optimal auf die Beherrschung möglicher Transportunfälle vorbereiten. Das haben auch schon die Grünen in zahlreichen Interviews und Studien so gefordert und geäußert. (Beispiel: 14.11.2011 Castor-Behälter rollt in das Zwischenlager Gorleben ein, in Bild:AP)

Wir sehen es als unverantwortlich an, lokale Rettungskräfte und Behörden nicht im Vorfeld von den Giftransporten (Uranhexafluorid) zu unterrichten.

Wir fordern für NRW eine verbindliche Melde- und Genehmigungspflicht auch für Gefahrguttransporte dieser Art.

Dass die ansonsten strikten Gefahrguttransportregelungen eine so gravierende Lücke aufweisen, damit ein Unternehmen im geheimen Profit unter erheblicher Gefährdung der Bevölkerung machen kann, ist ein unhaltbarer Zustand.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben das Recht, zu wissen, welche gefährlichen Stoffe durch ihre Umwelt geschleust werden.

Um sicherungsrelevante Transporte radioaktiver Stoffe vorübergehend unterbringen zu können, sind Stützpunkte vorgesehen. Die konkreten Nachfragen zu Details dieser „Stützpunkte“ werden von der Landesregierung pauschal als angebliche „Verschlusssache“ komplett nicht beantwortet.

Die Bevölkerung hat ein Recht darauf zu erfahren, wie und wo die Landesregierung im Falle von Gefahren und Katastrophen mit einem Atomtransport umgeht.

Dazu gehört auch das Wissen, ob Atomzüge oder Atom-LKW womöglich über längere Zeit in der eigenen Nachbarschaft abgestellt werden und unter welchen Bedingungen.

Im aktuellen Koalitionsvertrag steht klipp und klar: „Wir lehnen sinnlose und gefährliche Atomtransporte quer durch NRW ab“.

Das endlich umzusetzen, fordern wir mit diesem Antrag.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Alle Atomtransporte (inkl. Transporte sonstiger radioaktiver Materialien) durch NRW zu veröffentlichen.
2. Alle Stützpunkte für Atomtransporte in NRW zu veröffentlichen.

3. Ihren Einfluss geltend zu machen, um bundesweit verbindliche Regelungen zur Vorabmeldung von Gefahrguttransporten sowie Transporten mit radioaktivem Material einzuführen.
4. Einen „Masterplan Atomausstieg“ für NRW aufzulegen, in dem die konkreten Schritte zum Stopp der Atomtransporte durch NRW sowie zur Stilllegung der laufenden Atomanlagen nachvollziehbar und verbindlich festgelegt sind.
5. Alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, Atomtransporte und Transporte sonstiger radioaktiven Materials durch NRW zu verhindern.
6. Ein Gefahrgut-Informationssystem für Atomtransporte in und durch Nordrhein-Westfalen einzurichten, in dem anstehende Atomtransporte, Art, Umfang, Datum, Dauer, Transportbehälter, Transportmittel, Speditionen und Transportroute, Rangier- und Umladeörtlichkeiten und konkrete Ladung verbindlich und dauerhaft dokumentiert und den örtlichen Rettungsdiensten zur Verfügung gestellt werden.
7. Transportwege zur Beförderung sonstiger radioaktiver Stoffe öffentlich bekannt zu geben und ebenfalls dauerhaft zu dokumentieren.
8. Die Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfung der Urananreicherungsanlage der Firma Urenco in Gronau vollständig der Öffentlichkeit sowohl schriftlich zur Verfügung zu stellen als auch in maschinenlesbarem Format online verfügbar zu machen.

Monika Pieper
Dr. Joachim Paul
Hanns-Jörg Rohwedder

und Fraktion